

Berlin, 15. Dezember 2024

Neues Eisenbahn-Fahrplanjahr: Trassenpreise steigen um 87,5 Prozent

GÜTERBAHNEN schlagen Notfallmaßnahme gegen steigende Trassenpreise vor

Der heutige Beginn des neuen Fahrplanjahres markiert für die Welt der Schiene einen dramatischen Wendepunkt: Die DB InfraGO erhöht die Trassenpreise in noch nie dagewesener Höhe, zeitgleich bricht die Finanzierung der Trassenpreisförderung ein. Eisenbahnverkehrsunternehmen im Güterverkehr müssen ab sofort für jeden gefahrenen Kilometer auf der Schiene deutlich tiefer in die Tasche greifen. DIE GÜTERBAHNEN schlagen eingreifend eine Änderung des Eisenbahnregulierungsgesetzes vor.

Zum neuen Fahrplanjahr erhöht die DB InfraGO kräftig die Trassenpreise – dieses Mal um 16,2 Prozent im Schienengüterverkehr. Da der Bund die Trassenpreisförderung zeitgleich von 52,5 auf 23,5 Prozent kürzt, steigen die tatsächlich gezahlten Preise noch stärker: von 1,52 Euro pro Zugkilometer auf 2,85 Euro für den Standard-Güterzug. Neben inflations- und tarifbedingten Kostensteigerungen zeichnet für diesen Kostenschok in erster Linie die Regierung verantwortlich. „Trotz anhaltender Warnungen wurde das System zur Trassenpreisermittlung in drei Jahren Ampel-Regierung nicht geändert. Dadurch beschleunigen Eigenkapitalzuführungen für DB-Infrastrukturinvestitionen den Trassenpreisanstieg enorm, der wegen gleichzeitiger Kürzungen des Bundes bei der Trassenpreisförderung voll auf alle Güterverkehrsunternehmen durchschlägt“, erläutert Neele Wesseln, Geschäftsführerin der GÜTERBAHNEN.

Der Verband hat als Teil seines [Drei-Stufen Plans](#) gegen den Trassenpreiskollaps eine konkrete Gesetzesänderung vorgeschlagen. Der Gewinnanspruch der DB InfraGO, der im Eisenbahnregulierungsgesetz festgehalten ist, sollte bis zu einer Neugestaltung des Trassenpreissystems abgeschafft oder begrenzt werden. „Die Option zur Gesetzesänderung muss genutzt werden, wenn der Bund die Unternehmen zumindest ab 2026 vor akuten Schäden bewahren will. 2025 können sie nur durch eine höhere Trassenpreisförderung entlastet werden“, so Wesseln. Der Vorschlag der GÜTERBAHNEN enthält eine minimalinvasive Änderung des Eisenbahnregulierungsgesetzes, die zu einer deutlichen Reduktion der Trassenpreissteigerungen ab 2026 führen würde. Wesseln: „Die Fraktionen des Bundestages sollten diese befristete Notfallmaßnahme noch in dieser Legislatur beschließen, wenn sie in ihrem Ziel, Güter auf die Schiene zu verlagern, nicht unglaubwürdig werden möchten.“

Auslöser für die steigenden Trassenpreise ist neben außergewöhnlich stark angestiegenen Betriebs- und Materialkosten der hohe Gewinnanspruch der DB InfraGO – ca. 0,6 Milliarden Euro 2025 und voraussichtlich eine Milliarde Euro 2026 – befeuert durch den Haushaltstrick, durch Eigenkapitalzuführungen an die DB die Schuldenbremse umgehen zu können. Im Dezember 2025, der Beginn des Fahrplanjahres 2026, werden die Preise

erneut stark ansteigen: Nach dem aktuellen Antrag der DB InfraGO und der bis dahin geringen Höhe der geplanten Trassenpreisförderung steigt der tatsächlich gezahlte Trassenpreis im Schienengüterverkehr dann voraussichtlich auf 4,23 Euro an, nahezu eine Verdreifachung des bis gestern gezahlten Trassenpreises von 1,52 Euro pro Zugkilometer. Die Preisgestaltung wird aktuell bei der Bundesnetzagentur verhandelt – noch besteht also die Chance für den Bundestag, durch eine sofortige Gesetzesänderung die Kosten einzuhegen.

Die explosiven Preissteigerungen haben fatale Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene und damit das politische Ziel, Güter auf die Schiene zu verlagern. Wesseln: „Die immer weiter steigenden Preise für immer schlechtere Netzqualität landen beim Kunden, der sich absehbar immer stärker nach Alternativen umschaute. Der Preiskampf mit dem Lkw ist hart, sodass immer mehr Transporte auf die Straße verlagert werden.“ Das führt zukünftig zu noch stärker steigenden Trassenpreisen, da die auch zukünftig steigenden Kosten der DB InfraGO von weniger Verkehren gedeckt werden müssen. Eine solche Preisspirale sollte durch die Trassenpreisförderung und das Trassenpreissystem eigentlich verhindert werden.